

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Lux, cara Dorothee, Dottoressa Di Giorgio, sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Meyer, sehr geehrter Damen und Herren,

ich möchte zunächst einmal für diese herzliche Einladung danken, die es mir ermöglicht, einen Vortrag in Leverkusen zu halten.

Ein ganz besonderer Dank geht an Dorothee und Wolfgang, die sich bereit erklärt haben, mich aufzunehmen und zudem die Organisatoren dieser besonderen Initiative sind.

Leider bin ich nicht in der Lage, mich selbst in dieser wunderbaren Sprache – der Sprache der Philosophen, Dichter und Schriftsteller – auszudrücken, es ist eine Sprache, die ich so sehr liebe. Ich bitte dies zu entschuldigen.

Dafür habe ich aber, mit Hilfe unserer Dolmetscherin, Frau Marconi-Dybowski, die Hoffnung, dass einiges von dem, was ich berichten werde, für Sie von Interesse sein wird. - (Einen Dank bei der Gelegenheit an die Dolmetscherin).

Ich werde mit ein paar Vorüberlegungen beginnen. Die europäische Einigung ist ein Prozess. Wir Föderalisten hatten schon immer das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika vor Augen, aber in Europa war die Ausgangslage stets anders.

In Amerika können wir als so genannte Geburtsstunde der amerikanischen Föderation das Jahr 1897 ausmachen, als die Verfassung in Philadelphia in den USA verabschiedet wurde. In Europa hingegen haben wir nur den Zeitpunkt des Beginns eines länger andauernden Prozesses und zwar den 9. Mai 1950, der mit der berühmten Schuman-Erklärung seinen Lauf nahm.

Es sind seitdem über 60 Jahren vergangen, und wie wir alle wissen, ist diese „europäische Reise“ noch nicht ganz abgeschlossen. Die Dominanz der funktionalistischen Vorgehensweise im Gegensatz zu den USA hat zu einigen wichtigen Konsequenzen geführt.

Die erste ist: Die Staaten haben sich eine wichtige Rolle im Prozess der Einigung bewahrt und dies begründet im Übrigen auch den Titel meines Vortrages.

Die zweite ist, dass die Staaten in Größe und Bevölkerungsdichte sehr stark variieren und dass deshalb die Rolle im Einigungsprozess für alle Staaten nicht gleich sein kann.

Ich möchte nicht in Abrede stellen, welche Bedeutung auch kleinere Länder haben können wie Luxemburg (von Joseph Bech, Jean-Claude Juncker) und Belgien (von Paul Henri Spaak, um Guy Verhofstadt). Aber es gibt keinen Zweifel daran, dass die drei größten Länder - Frankreich, Deutschland und Italien -, zusammen mit den drei Benelux-Staaten doch ein ganz besonderes Gewicht darstellen.

Es bleibt eine letzte Bemerkung zu dem Vereinigten Königreich. Dieses Land ist von seiner Geschichte, seinen Menschen und seine Ressourcen vergleichbar mit den Ländern Frankreich und Deutschland, und ist auf jeden Fall höher als Italien einzuschätzen.

Dennoch entschied es sich aber nicht für das „europäische Abenteuer“. Nach dem Beitritt zur Gemeinschaft im Jahr 1973 hat sich das Land wiederholt gegen den Fortschritt des Prozesses gestellt, so z. B bei Ergebnissen übernationaler und föderaler Art, Ergebnissen, wie wir es vor kurzem auch wieder beim Scheitern der Unterzeichnung des Fiskalpaktes gesehen haben. Mit anderen Worten, die Briten haben zwar im übertragenen Sinne die Bremsen angezogen, aber sie haben nicht die Weichen gestellt.

In meiner Analyse beginne ich nun mit Frankreich, weil aus diesem Land die Projekte initiiert wurden, die den Beginn des europäischen Prozesses markiert haben:

Dazu gehören der Schuman-Plan für die Montanunion und der Pleven-Plan für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die beide von Jean Monnet, einem der Väter der Europäischen Einheit, ins Leben gerufen wurden.

Es war Monnet, der die Methode der Integration eingeführt hat, die unter dem Namen Funktionalismus bekannt ist. Monnet war sich der Tatsache bewusst, dass sein eigenes Land nicht zur Verfügung bereit war, einen guten Teil der Souveränität an eine europäische Föderation abzugeben.

Dann schlug er eine schrittweise akzeptable Übertragung der Souveränität in bestimmten Teilbereichen vor, ohne die nationale Souveränität insgesamt in Frage zu stellen.

Monnet war auch Föderalist, so dass er später sogar einen Ausschuss für die Vereinigten Staaten von Europa geschaffen hatte, aber seine Methode, dieses Ziel zu erreichen, unterschied sich von den anderen Föderalisten und lieferte eine Reihe von kleinen kontinuierlichen Schritten was Befugnisse und Zuständigkeiten betraf.

Monnets Genialität besteht gerade darin, quasi einen Trick gefunden zu haben, um die Staaten zu überzeugen, weiter auf dem Weg der Integration zu gehen.

Monnet ist es insbesondere zu verdanken, einen Beitrag zur deutsch-französischen Aussöhnung geleistet zu haben und die Gespenster, die aus dem unglücklichen Diktat von Versailles im Jahr 1919 entsprungen waren, zu vertreiben. Begünstigt wurde das Ganze natürlich im Hintergrund auch durch die weitsichtige und wohlwollende amerikanische Hegemonie über Westeuropa.

Nach dieser Aussage müssen wir aber auch die Grenzen der Methode von Herrn Monnet anschauen. Dabei gilt vor allem eines: da die Staaten praktisch nur eine begrenzte Portion an Souveränität abgeben, haben diese die Illusion, sie könnten mit kleinen Schritten weiter so machen wie bisher, so als käme nie der Zeitpunkt auf, radikale Entscheidungen und Einschnitte nach dem Motto "take it or leave it", also ja oder nein, treffen zu müssen.

Auf der einen Seite hat dieser Glaube den Konsens erleichtert, aber auf der anderen Seite hat genau dieser Glaube verhindert, dass vor allem in Frankreich, aber nicht allein in Frankreich, sich eine ernsthafte Debatte entwickeln konnte und - warum nicht? – sogar eine hitzige Debatte über die endgültigen Herausforderungen des europäischen Prozesses und des Schicksals unseres Kontinents.

Auch aus diesem Grund hat die politische französische „Klasse“ oft eine Vorliebe für die zwischen-staatliche Methode zum Ausdruck gebracht, die oft genug auch von einer Intoleranz oder Ungeduld gegenüber den europäischen Institutionen begleitet war:

Nehmen wir die verbalen Angriffe von De Gaulle gegenüber dem Kommissionsführer Walter Hallstein. Aber auch in der Gegenwart sehen wir dies anhand der jüngsten Vorwürfe von Sarkozy in Bezug auf die Europäische Zentralbank, auch wenn diese unter dem Vorsitz eines Franzosen steht!

Umso wichtiger ist es zu sagen, dass fast alle französischen Politiker zunächst nicht einmal die Möglichkeit erwogen haben, die föderalistische Idee überhaupt mit einem Namen zu belegen, so dass selbst Jacques Delors den Begriff "Föderalismus" als ein „pornographisches Wort“ ansah, das man tunlichst nicht aussprechen sollte.

Es war der britische Premierminister Harold Macmillan, der es Leid war, den Eintritt in die EWG stets am französischen Veto scheitern zu sehen, und genau dieser beschrieb, mit britischem Humor den Europäismus à la de Gaulle: „Er redet über Europa und meint Frankreich“.

Diese ambivalente Politik, die immer zwischen den nationalen Vorstellungen und dem Ruf nach der europäischen Einigung hin und her gerissen wurde, bedeutete auch, dass für Frankreich der europäische Plan und auch die atlantische Allianz viel zu eng war.

Es ist kein Zufall, dass De Gaulle den Ausspruch "Europa vom Atlantik bis zum Ural", machte und damit eine Perspektive beschrieb, die während des Kalten Krieges einfach unrealistisch war, aber der "Grandezza" von Frankreich diene, um sich damit eine Rolle als Brücke zwischen Ost und West zu geben und seinen Platz auf der Weltbühne zu behaupten.

Dies erklärt auch die schwankende Haltung Frankreichs gegenüber dem Vereinigten Königreich: auf der einen Seite wird Großbritannien für seine privilegierten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und seine Entfernung von Europa verleumdet, aber auf der anderen streichelt Frankreich das Königreich als Partner im UN-Sicherheitsrat, da es mit Nuklearwaffen ausgerüstet ist und als Großmacht angesehen werden kann und gerade deswegen die gleichen Ambitionen wie Frankreich hegt.

Für diese Haltung gibt es in den letzten Jahren einen Beweis: einmal die Vereinbarungen über die Verteidigung von Saint Malo. Wenn wir auf einen kürzeren historischen Zeitraum zurückschauen, finden wir die letzte französisch-britische Intervention in Libyen.

Ich komme nun auf Deutschland zu sprechen und bitte Sie, später in der Diskussion meiner Analyse zu widersprechen, wenn sie Ihnen ungenau erscheinen sollte. Ich nehme an, dass sie unvollständig sein wird.

Die Bundesrepublik hat mit der Wahl für eine europäische Politik einen Leuchtturm erschaffen. Die Prämisse dieser Wahl war eine harte Selbstkritik der eigenen Vergangenheit, der berühmte „Sonderweg“.

Lassen Sie mich auch hinzufügen, dass sich die Föderalisten bei der Analyse der europäischen Geschichte auf die große deutsche historische Schule beziehen, die ihren vollkommensten Ausdruck in Ludwig Dehio gefunden hat, der das Buch „Gleichgewicht oder Hegemonie.“

Gemäß dieser Interpretation sind die beiden Weltkriege und insbesondere der deutsche Nationalsozialismus, mit allem, was daraus gefolgt ist, nicht dem dämonischen Charakter des deutschen Volkes zuzuschreiben; wir sprechen von einer Geschichte, die schon weit vor Luther ihren Lauf nimmt.

Deutschland versucht seine anachronistischen Dimensionen als Nationalstaat zu überwinden, in einer Zeit, in der andere Mächte von kontinentaler Bedeutung vorstreben. Deutschland ist eine Nation, deren nationale Einigung ebenso zu spät kommt wie bei Italien, und muss deshalb befürchten, den Anschluss an mögliche interkontinentale Entwicklungen zu verpassen.

Um diesen Zustand mit anderen Worten und zwar mit den Worten von Luigi Einaudi - Ökonom und ehemaliger Präsident der Italienischen Republik – zu beschreiben, passiert zu jener Zeit der Versuch, „Europa mit dem Schwert des Satans zu vereinen“. Kurz gesagt, die falsche Antwort auf ein echtes Problem, dass die Geschichte vordringlich zu lösen hatte.

Es ist kein Zufall, dass die europäische Föderalisten und die damit verbundenen Bewegungen, wie die Europäische Föderalistische Bewegung in Italien und die „Weise Rose“ in Deutschland, gerade aus der Oppositionshaltung gegenüber den totalitären Staaten entstanden sind. Es ging darum, die richtige Antwort auf dieses Problem zu geben: und zwar die Einigung Europas durch Zustimmung, Demokratie und Recht zu erreichen.

Für Sie, Sie gestatten die direkte Ansprache, also für Sie Deutschen bedeutete dies, wie es in einer glücklichen Art und Weise einmal formuliert wurde, ein „europäisches Deutschland“ und weniger ein „deutsches Europa“.

Ihr Land hat diesen Weg konsequent weiterverfolgt, und den Vertrag von Maastricht - der ja ein Symbol des Verzichts auf nationale Souveränität darstellt - akzeptiert: Dieser Verzicht ist der Verzicht auf die Deutsche Mark. Deutschlands Beitrag war maßgeblich, weil damit immer eine sehr klare institutionelle Dimension der europäischen Entscheidungen einherging.

Mein lieber Freund Thomas Jansen, ehemaliger Generalsekretär der EVP, betonte, dass das deutsche föderale Modell sehr gut funktioniert. Und zwar gerade deshalb, weil die deutschen Politiker überhaupt keine Angst vor einem politisch geeinten Europa haben. Das Schreckensgespenst bösgläubiger Euroskeptiker mit Unterdrückungsfantasien, bei dem ein „Super-Staat“ eine nationale Identität unterdrückt, ist dabei fehl am Platze, im Gegenteil sie sehen im föderalen System, die eigentliche Lösung der europäischen Probleme.

Es ist so insbesondere das Verdienst der gesamten deutschen herrschenden Eliten (politische, technisch/administrative und intellektuelle), wenn die Europäische Zentralbank als eine wahre Bundesbank, unabhängig von der politischen Macht und mit dem spezifischen Mandat zum Schutz konzipiert wurde, um das kostbare öffentliche Gut, die Stabilität der Währung zu garantieren.

Man könnte eigentlich sogar sagen - und wir Föderalisten sagen dies, ohne Scheu -, dass Deutschland heute das ist, was Europa morgen sein könnte.

Man denke dabei nur an die Tatsache, dass die Soziale Marktwirtschaft in die Europäische Verfassung aufgenommen wurde und später sogar in den Vertrag von Lissabon als ein tragfähiges ökonomisches Modell für die gesamte Europäische Union kodifiziert, also in Gesetzesform gebracht wurde.

Wenn man hingegen auf die Ebene der Prinzipien und Werte schaut, ist es schwer zu glauben, dass Europa sich auf etwas anderes als auf einen „Verfassungspatriotismus“ gründen könnte, wie es Jürgen Habermas hierzu formuliert hat.

Nach dem Fall der Berliner Mauer wurde zunächst gesagt und auch geschrieben, dass die Bundesrepublik ihre starke föderalistisch europäische Inspiration zumindest teilweise

verlieren oder vermindern würde. Der eine oder andere sprach sogar von einem "deutschen Gaullismus."

Ich leugne nicht, dass sowohl durch die Wiedervereinigung selbst als auch durch das politische weltweite veränderte globale Szenario die neue Rolle Deutschlands gewissen Schwankungen ausgesetzt war. Aber Deutschland bleibt fest in den Entscheidungen verankert, die unmittelbar in der Nachkriegszeit gemacht wurden und bestätigt damit eine 60 Jahre andauernde Verwurzelung in der europäischen Idee.

Just als ich diese Zeilen vorbereitete, hielt am 7. Februar Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Rede im Neuen Museum in Berlin auf einer Konferenz, die von der Stiftung Be-la für junge europäische Staats- und Regierungschefs organisiert wurde im Rahmen des 20. Jahrestag des Vertrags von Maastricht.

Nun, es handelt sich um eine Haltung, die für ein politisches und föderatives Europa steht mit einer Kommission, die zur Europäischen Regierung wird und deren Präsident ein Kandidat im Wahlkampf für das Europäische Parlament geworden wäre. Dieses Parlament käme dann gestärkt hervor und wäre mit exekutiven Kontrollfunktionen beauftragt. Der Rat wäre in eine zweite legislative Kammer umgewandelt und würde mit der Mehrheit der Stimmen gewählt. Und der Gerichtshof hätte sich zu einem wahren Verfassungsgericht verwandelt.

Die Kanzlerin macht nichts anderes als die Überzeugung zu bestätigen, die so oft von deutschen Staatsmännern ausgedrückt wurde: "Ohne Zweifel, wir brauchen mehr, nicht weniger Europa".

Natürlich hat auch die deutsche politische Klasse ihre eigenen Probleme und erklärt, bestimmte Marschrichtungen mit dem Wunsch, keinen Raum für Populismus zu lassen, wie wir es am Beispiel Griechenland und Ungarn sehen, und wie wir es in Italien bis zum Beginn der Regierung Monti gesehen haben.

Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der Wochenzeitung Die Zeit, sagte, dass Deutschland das einzige Land unter den großen europäischen Ländern geblieben ist, welches von diesem gefährlichen „Krebsgeschwür der Demokratie“ unversehrt blieb. Die öffentli-

che Meinung in den anderen Ländern müsse verstehen, dass dies gut für ganz Europa ist und eine Bedingung für den Fortschritt in Richtung Europäische Föderation.

Ich werde nunmehr ein wenig mehr Platz meinem eigenen Land - Italien – widmen, nicht nur weil ich der Überzeugung bin, es besser zu kennen als andere Länder, sondern auch, weil ich denke, das eines der Ziele dieses Treffens die Förderung des gegenseitigen Verständnisses ist.

Italien und Deutschland waren im späten Mittelalter und Jahrhunderte lang so etwas wie der "weiche Unterbauch" Europas: in mehrere Staaten aufgeteilt, ständige Zielscheibe der Großmächte und oft auch das Schlachtfeld von verheerenden Kriegen.

Beide haben auch ihre nationale Einigung im späten neunzehnten Jahrhundert vollzogen, aber mit unterschiedlichen Ergebnissen:

In Deutschland wird ein auf Zusammenhalt und Stärken bedachter Staat geboren, geprägt durch die starke Persönlichkeit von Bismarck; der italienische Staat hingegen hat sich von Anfang an als ziemlich schwach erwiesen, da er, aus politischer Sicht instabil war und unfähig, die gravierenden Probleme der regionalen Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd zu lösen.

Als Beweis reichte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der das liberale Regime zusammenbrechen ließ und den Weg für den Faschismus ebnete. All diese Schwächen waren auch den Frauen und Männern bekannt, die während der Resistenza, dem Widerstand, bereits den Grundstein für den neuen demokratischen Staat gelegt hatten.

Die Europäische Option war also deshalb auch für Italien eine Entscheidung aus Überzeugung.

Unsere besten Politiker haben von Anfang an in der Verbundenheit mit Europa das Instrument erkannt, welches die Fehler der Vergangenheit vermeiden sollte, das Land modernisieren und ihm eine gewisse Disziplin auferlegen würde.

Es war eine mutige und weitsichtige Wahl, denn in nur wenigen Jahrzehnten ist es Italien gelungen, sich erfolgreich in den gemeinsamen europäischen Markt einzufinden und

zu einer der wichtigen Industriemächte aufzusteigen. Man spricht zu Recht von der positiven Rolle, die Europa für Länder, wie Spanien, früher Irland und Polen heute eingenommen hat, aber das erste „Wunder“, welches aus der europäischen Einigung hervorging, entstand direkt in Italien.

Unser Land war sehr weit entfernt vom Wohlstand, wie ihn die anderen fünf Länder der Montanunion und später der EWG verkörperten. Aber schon in kurzer Zeit hat Italien es vermocht, sich diesen Positionen anzunähern, obwohl es immer noch ein Land voller Probleme und Widersprüche blieb. Diese historisch-politische Situation hat zwei Konsequenzen produziert.

Zunächst einmal hat Italien einen theoretischen und politischen Beitrag für den Prozess der europäischen Einigung eingebracht. Man war von Grund auf davon überzeugt, dass Italien nicht ohne Europa gerettet werden könnte. Zu den Männern, die dafür arbeiteten, gehören:

Alcide De Gasperi, der Protagonist im Kampf für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und der den ersten Versuch unternahm, Europa eine Verfassung zu geben, Luigi Einaudi, dem ersten Präsidenten der Republik, Altiero Spinelli, Gründer der Europäischen Föderalistischen Bewegung, dann späterer Leiter des Europäischen Parlaments mit Sitz in Brüssel, bis zum aktuellen Präsidenten der Republik Giorgio Napolitano, dann Tommaso Padoa-Schioppa, der eine entscheidende Rolle gespielt hat bei der Ausarbeitung des Vertrags von Maastricht als Sekretär im Delors-Ausschuss, und Mario Monti, der für 10 Jahre EU-Kommissar war, und jetzt Ministerpräsident Italiens ist.

Sie alle haben ihre Energie für die Schaffung und Stärkung der europäischen Institutionen eingesetzt. All diese und viele andere Persönlichkeiten waren und sind von dem Ausspruch von De Gasperis Außenminister, Conte Sforza, überzeugt: „Die beste italienische Politik ist es, europäische Politik zu machen.“

Eine zweite Konsequenz ist diejenige, dass das italienische Volk viel weniger für einen Nationalismus anfällig ist und viel mehr für ein „europäisches Dach“ ist als andere Völker.

Wer nach Italien reist, wird die Italiener schlecht über ihr Land sprechen hören und zwar in einem ungleich höherem Maße, als dies vergleichbar in anderen großen EU-Ländern geschieht und nicht nur in den größeren, sondern auch in den kleineren. Gelegentlich sage ich in scherzhafter Art, dass die Italiener sozusagen Europäer aus Überzeugung und auch aus Verzweiflung sind...

Dies ging sogar soweit, dass meine Landsleute in den 90er Jahren in einer bedeutenden repräsentativen Umfrage tatsächlich erklärten, dass der beste Ministerpräsident für ihr Land Helmut Kohl sein würde!

Die Zustimmung des italienischen Volkes gegenüber einem gemeinsamen Europa war in der Vergangenheit stark und dies ist es auch in der Gegenwart. Man erkennt dies daran, dass in Italien alle europäischen Verträge durch eine große Mehrheit ratifiziert wurden, ohne dass die Öffentlichkeit dies nennenswert bemerkte, obwohl es dabei auch um die Übertragung nationaler Souveränität an Europa ging.

Wir bleiben in den 90er Jahren. Carlo Azeglio Ciampi, der frühere italienische Finanzminister und spätere Präsident der Republik Italiens, erließ eine Steuer, um das Finanzdefizit des Landes zu reduzieren und nannte diese Maßnahme im Übergang zum Euro die "Steuer für Europa" - und die Italiener akzeptierten weitestgehend dieses Opfer.

Im vergangenen Monat haben Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy die Maßnahmen der Regierung Monti, die zu einem Ausgleich des Haushaltes im Jahr 2013 führen sollen, „als beeindruckend“ bezeichnet.

Nun stellte der gleiche Monti fest, dass die einschneidendste dieser Maßnahmen, nämlich die Rentenreform, einen dreistündigen Streik in Italien provozierte, dem sich aber relativ wenige Arbeiter anschlossen.

Es wurde gesagt, dass Italien die kleinste Nation unter den großen Ländern und die größte Nation unter den kleinen Ländern ist. Genau aus diesem Grund konnte Italien eine Zwischen-Rolle im Verhältnis mit Frankreich und Deutschland bei einigen wichtigen Schritten des Aufbaus von Europa einnehmen. Es ist kein Zufall, dass die bedeutende internationale Presse betont, dass Italien ein entscheidendes Gewicht inne habe und

dass ein Wegbrechen Italiens sicherlich zum Ende der Europäischen Währungsreform führen könnte. Dies ist sicherlich eine richtige Vorhersage. Nun gehen einige der großen angelsächsischen Zeitungen sogar so weit, in Italien den Retter Europas zu sehen. Lassen Sie mich an dieser Stelle nur kurz den Aufmacher des Titelblattes des „Time Magazins“ zitieren mit dem Gesicht von Monti und der darunter aufgeführten Frage: "Kann dieser Mann Europa retten?"

Das ist natürlich übertrieben, denn Italien kann allein sicherlich Europa nicht retten, und in der Tat, wenn es wahr ist, was wir zuvor gesagt haben, ohne Europa kann Italien nicht einmal sich selbst retten...

Dies weiß Mario Monti und dies wissen auch die Italiener. Allerdings kann Italien zusammen mit Frankreich und Deutschland sicherlich dazu beitragen, den momentanen „Engpass“ in der sich die EU zurzeit befindet, zu lösen. Diesen Gedanken möchte ich den letzten Teil meines Berichts widmen.

"Die schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg." Dies sind die Worte des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Trichet, und sie lassen keinen Raum für Zweifel.

Es ist kein Zufall, dass in den letzten Jahren für die Beschreibung dieser wirtschaftlichen Krise, häufig militärische Bilder und Metaphern herangezogen wurden.

Man muss hinzufügen, dass viele Politiker und Kommentatoren sich mit den Föderalisten einig sind bei der Ermittlung der eigentlichen Ursache dieser Turbulenzen: es liege am Euro und an der Tatsache, dass es eine Währung ohne eigenem Staat sei. Dabei wurde nicht beachtet, wen die Hauptverantwortung bei diesem Tanz am Rande des Abgrundes trifft. Mit Ausnahme einiger Stimmen, befand sich am Ende u. a. Deutschland auf der Anklagebank.

Man kann nicht leugnen, dass auch Deutschland die Situation zunächst unterschätzt hat und verspätet und gelegentlich auch nicht unbedingt gut reagiert hat auf die Herausforderungen des inter-nationalen Spekulantentums. Die Anhänger Europas können jedoch nicht vergessen haben, dass die Schuldfrage für den Zustand einer Währungs-Union

ohne eine eigene wirtschaftliche Regierung in erster Linie Frankreich gestellt werden muss.

Ich meine jene Kreise Frankreichs, die nach dem Fall der Berliner Mauer, durchaus „fröhlich dabei waren“, Deutschland zu einem Verzicht einer eigenen Währungs-Souveränität zu bewegen und gleichzeitig sehr bedacht darauf waren, die eigene (französische) Souveränität in den Mittelpunkt zu stellen. Dank der Nachgiebigkeit auf französischer Seite und dank der Weitsicht der deutschen politischen Führungen Anfang der 90er Jahre (des letzten Jahrhunderts) erlebten wir schließlich den Beginn, die Geburtsstunde der europäischen Föderation. Die französischen Politiker können nicht sagen, sie seien nicht in Kenntnis gesetzt worden über die Gefahren, die eine Auflösung der „deutsch-französischen“ Achse bedeutet hätte. Wir erinnern uns alle daran, mit welcher Inbrunst und auch mit welchem Unbehagen Helmut Kohl formulierte, dass er vielleicht der letzte rheinische Kanzler sein könnte.

Unter den beiden Legislaturperioden von Gerhard Schröder war es ersichtlich, dass in Deutschland eine neue politische Schicht heranwuchs, die weniger bereit sein würde, weiterhin der französischen Fahne zu folgen - wie es einst der „gute alte“ Konrad Adenauer empfohlen hatte.

Frankreich seinerseits zog indes unerschütterlich „mentale Grenzen“, und zwar über die von der Konvention vereinbarten Grenzen hinaus.

Nachdem die europäische Verfassung unterschrieben war, hat Chirac diese in Frankreich im Kontext eines Referendums zur Diskussion gestellt, das nach nationalen Interessen ausgerichtet war, und warb darüber hinaus dabei für Stimmen in einem Wahlkampf.

Der jetzige Präsident Sarkozy ist nicht wirklich weit entfernt von dieser beschriebenen Linie. Sicher hat er versucht, einen Ausweg aus der Notlage zu finden über diverse Verfahren auf parlamentarischem Wege. Zu Beginn seiner ersten Präsidentschaft hatte er jedoch keine Skrupel, die französisch-deutsche Achse durch Aktivitäten aus dem Gleichgewicht zu bringen, die Frankreich und ihn selbst in den Mittelpunkt stellten.

In der letzten Zeit hat die französische Presse häufig die Anschuldigungen Englands gegen Deutschland aufgegriffen. Die Presse stellte Deutschland als ein Land dar, das zu-viel exportiere, das zuviel spare, das zuviel gegen die Inflation kämpfe und zuviel die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank propagiere. Also eine Musternation, aber knauserig, wenig solidarisch und auch ein wenig stumpfsinnig...

Diese Gemeinplätze waren so weit verbreitet, dass man sogar zu der Annahme kam, dass ausgerechnet Deutschland das Land sein könne, das die Eurozone verlassen könne. Dabei ließ man außer Acht, dass Dank des Marshall-Planes und der späteren intelligenten Intuition von Monnet, es Frankreich und die anderen europäischen Länder waren, die Deutschland beim Wiederaufbau unterstützten, um dann die „deutsche Lokomotive“ zu nutzen, an die immer neue „Wagen“ angehängt werden, die dann den europäischen Zugkonvoi ergänzen.

Selbstverständlich hat Deutschland ganz beachtliche Vorteile aus den weiteren Entwicklungen des Versailler Diktats gezogen. Ist diese positive Entwicklung summa summarum nicht auch das Verdienst der großen europäischen Idee und des damit eingegangenen Abenteuers?

Mittlerweile ist es Deutschland zunehmend Leid, weiterhin für die Sünden in der Vergangenheit bezahlen zu müssen. Wenn wir nicht nur auf den einfachen Bürger, sondern auch vielen und einflussreichen Presseorganen Beachtung schenken wollten, müssten wir sogar von der wachsenden Ungeduld sprechen. Es ist nicht ganz angebracht, in einem so dramatischen Moment Ironie zu verwenden, aber es ist schon merkwürdig, dass die anderen Staaten Deutschland genau das vorwerfen, was sie selber gemacht haben.

Um ein Abdriften zu vermeiden, gibt es nur einen Weg, und dabei muss der erste Schritt von Frankreich gemacht werden. Und zwar, bevor es zu spät ist. So könnte man von Frankreich eine neue "Schuman-Erklärung" fordern. Diese Bezeichnung ist durchaus angemessen, weil sie an den mutigen und klaren Start des Prozesses rund um die europäische Einigung erinnert. Eines ist hierbei klar: diesmal muss Frankreich in Vorleistung treten und „ein Opfer“ erbringen, das viel schwerer sein muss und vergleichbar mit dem Verzicht der monetären Souveränität, die Deutschland erbracht hat. Dabei muss Frank-

reich teilen, was noch übrig geblieben ist: nämlich die Außen- und Verteidigungspolitik, beginnend mit dem Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Zum ersten Mal hat Frankreich das Tabu gebrochen und eine Debatte über dieses Thema eröffnet, wie ein Artikel in "Le Monde" von 25 November 2011 berichtete. Angesichts der französischen Bereitschaft, sich sozusagen den letzten Hindernissen rund um die nationale Souveränität zu stellen, wäre Deutschland sicherlich bereit, seine Zustimmung zur Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung geben.

Bei diesem Thema ist jetzt Italien an der Reihe Garantien zu geben.

Die Prämisse ist, dass Staatsschulden durch diejenigen bezahlt werden, die sie gemacht haben.

Der so genannte wechselseitige Mutualismus der Schulden, das heißt die Bündelung aller oder eines Teils der Staatsschulden, ist nicht nur unfair, sondern auch falsch, weil es gegen das Prinzip der Verantwortlichkeit geht auf allen Ebenen der Regierung. Das Prinzip der Verantwortung ist ein grundlegendes Prinzip des Föderalismus.

Wie auch Papst Benedikt XVI in der Enzyklika Caritas in veritate schrieb, muss Solidarität auch immer von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung begleitet werden, andernfalls verfällt man in eine Sozialschmarotzerei, die den Geist der Initiative und Motivation erstickt.

Die finanzielle Sanierung ist eine Aufgabe, die kein Staat ignorieren kann. Und ein Land wie Italien, das riesige Schulden angehäuft hat, muss die Verpflichtungen respektieren und die Schulden rechtzeitig und fristgerecht reduzieren, damit seine Glaubwürdigkeit erhalten bleibt.

Die notwendigen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben in vielen Staaten haben jedoch rezessive Auswirkungen, die zu einer Abwärtsspirale führen können, wie wir es bereits jetzt in einigen Fällen beobachten können. Auch der letzte Europäische Rat hat erkannt, dass es ohne Wachstum nicht möglich ist, eine Reorganisation der Wirtschaft auf den Weg zu bringen und dass durch fehlendes Wachstum Populisten und Euroskeptiker gestärkt werden. Europa muss an das Wachstum denken und sich dabei mit den notwen-

digen Ressourcen der europäischen Steuern (wie die Tobin-Steuer und eine Kohlendioxid-Steuer) und über die Euro-project-Bonds ausstatten. Der Weg kann also nicht über eine europäische Staatsverschuldung gehen, um die Probleme der nationalen Defizite zu lösen, sondern über einen großen europäischen Investitionsplan. Man muss nichts Neues erfinden, weil die Europäische Investment Bank bereits Arbeitsmarktmaßnahmen dieser Art anstößt. Die Europäische Kommission wird rund 50 Milliarden Euro für Forschung, Innovation und Entwicklung investieren. Diese Initiativen sind wichtig, aber nicht ausreichend in der aktuellen Situation der schweren Krise.

Der Vertrag von Lissabon beinhaltet das Recht der Gesetzesinitiative für Europas Bürger: eine Million Bürger aus mindestens sieben Ländern der Europäischen Union können der Europäischen Kommission einen Gesetzesentwurf vorschlagen.

Der Wirtschaftsaufschwung muss sich auf die Investitionen und nicht auf den Konsum stützen. Wenn sich der Wirtschaftsaufschwung auf den Konsum stützt, wird es zwangsläufig Auswirkungen geben auf die Inflation und die Stabilität der Wechselkurse und wäre daher eine Quelle für weitere Spannung in der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Der Plan muss auch finanziell tragbar sein. Deshalb haben die Föderalisten vorgeschlagen, dass die Investitionen nicht nur über die "Euro-Projekt-Bonds" finanziert werden sollten, sondern auch aus eigenen Steuer-Ressourcen, wie zum Beispiel die Umweltsteuer und die Steuer auf Finanztransaktionen.

Der Plan muss auch dann umgesetzt werden, wenn nicht alle Staaten ihre Zustimmung geben, wie bereits von der deutschen Regierung mit „Euro Plus vorgeschlagenen wurde.

Heutzutage ist ein Qualitätssprung erforderlich, und der Beitrag von Frankreich, Deutschland und Italien ist wieder einmal wichtig, um neue Ziele zu erreichen.

Lassen Sie mich mit einem scherzhaften Zitat abschließen. Arthur Schopenhauer schrieb vor fast zwei Jahrhunderten:

**"Die Deutschen lieben die Italiener, aber sie trauen ihnen nicht;  
Die Italiener vertrauen den Deutschen, aber sie lieben sie nicht."**

Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, dass die Italiener ein wenig mehr die Deutschen lieben und umgekehrt die Deutschen den Italienern mehr Vertrauen entgegenbringen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Übersetzt von Myriana Marconi-Dybowski

Bearbeitet von Dorothee Willers-Klein

Copyright by Professor Dr. Giorgio Anselmi, Verona (Italien)

11. März 2012